

Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Druckanschrift: Tageblatt Riesa.
Gebrauch Nr. 20.

Das Riesaer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen
der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtshauptmannschaft beim Amtsgerichte und des
Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen.

Poststelle Dresden 1533
Girokasse Riesa Nr. 52.

Nr. 275.

Dienstag, 25. November 1924, abends.

27. Jährg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 1/2 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorabzahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Boten. Für den Fall des Eintritts von Produktionsverzerrungen, Erhöhung der Löhne und Materialkosten behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabedates sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und in voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen in bestimmten Tagen und Blättern wird nicht übernommen. Grundpreis für die 1/2 Mark besteht, 4 Mark ohne Gründungs-Zelle (5 Silben). 20 Gold-Pfennige, die 20 nun breite Meßlängen 100 Gold-Pfennige; zeitraubende und tabellarische Seite 50% Aufschlag. Beste Tarife, Gewaltiger Rabatt erhält, wenn der Vertrag verjüngt wird. Abgabe eingezogen werden muss oder der Auftraggeber in Konturs gerät Zahlungs- und Fälligkeitsort: Riesa. Rechtliche Unterhaltungsbeläge, Grabhauer an der Elbe! — Im Falle höherer Gewalt — artig oder sonstwie irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Versandungsbehörden — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Notarientaxe und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlemann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Der englisch-ägyptische Konflikt.

Die Ermordung des englischen Gouverneurs in Ägypten, des Generals Sir Archibald, scheint außerordentlich ernste Folgen nach sich zu ziehen. Obwohl die ägyptische Regierung geneigt ist, die Süßigkeiten Englands zu erfüllen und eine Befreiung von England gesucht hat, besteht zur Zeit kaum noch eine Möglichkeit, zu verhindern, dass Waffengewalt über die Beziehungen zwischen England und Ägypten entscheiden wird. Die englische Presse spricht ganz offen die Tatsache aus, dass die Belagerung der ägyptischen Regierung, ihre Truppen aus dem Sudan zu entfernen, von England mit kriegerlichen Maßnahmen beantwortet werden würde. Ob dies tatsächlich der Fall sein wird, muss zunächst abgewartet werden. Wenn das konservative Kabinett in London seine Drobungen wahr machen sollte, so befindet es sich in einer ähnlichen Situation wie Österreich vor dem Weltkrieg, als Serbien das Ultimatum wiesen, der Ermordung des österreichischen Thronfolgers ablehnte. Nachdem der Weltkrieg nunmehr seit zehn Jahren die gesamte Weltpolitik maßgebend geprägt und beeinflusst hat und die Frage der Schuld am Kriege noch immer ganz ungelöst ist, erscheint es außerordentlich interessant, zu der Feststellung zu gelangen, ob die englische Regierung sich Ägypten gegenüber genau so verhält, wie es die österreichisch-ungarische Monarchie vor zehn Jahren gegenüber Serbien getan hatte. Vielleicht werden die Engländer es lernen, über die Vergangenheit anders zu denken, nachdem sie heute den besten Beweis dafür liefern, auf welchem Wege derartige Konflikte ausgetrocknet werden. Die Engländer werden vielleicht ihre Haltung damit begründen wollen, dass ihre elementarsten Lebensinteressen im Sudan bedroht waren. Dies war aber bei Österreich im Juli 1914 in noch viel höherem Grade der Fall als jetzt im Sudan, wo es sich nicht um eine Regierung handelt, hinter der die europäischen Großmächte stehen, wie das bei Serbien der Fall war, sondern um ein Land, das seine Eigenrechte gegen England verteidigen muss und dabei von niemandem unterstützt wird. Wenn die englische Regierung sich dazu entschließen sollte, mit Waffengewalt gegen Ägypten vorzugehen, so wird dieses Land kaum in der Lage sein, sich ernsthaft verteidigen zu können. Ob liegt hier also ein klarer Fall kolonialer Unterdrückungspolitik vor, gegen den niemand Einspruch zu erheben wagt.

Die ägyptische Regierung hat sich bei dem ganzen Konflikt mit Würde und Festigkeit benommen. Sie hat nicht nur die Verbefestigung der Attentäter in ganz kurzer Zeit durchgeführt, sondern sie hat auch alle Forderungen demütig, die unter Wahrung der Selbständigkeit Ägyptens bewilligt werden konnten. Wenn sie es darüber hinaus abgelehnt hat, die englische Forderung auf Zurückziehung der ägyptischen Truppen aus dem Sudan anzunehmen, so kann sie sich dabei mit Recht auf die ägyptische Verpflichtung berufen, die durch die englischen Maßnahmen in schriftlicher Weise verliehen wird.

Zwischen Ägypten und England sind die notwendigen militärischen Maßnahmen ergriffen, um seinen Forderungen Nachdruck zu verschaffen. Die englische Politik befindet sich gegenwärtig in der beneidenswerten Lage, dass kaum eine Macht in der Welt es unternehmen wird, ihr in den Arm fallen zu wollen. Die französische Regierung hingegen wird es schwierig unternehmen, sich in den englisch-ägyptischen Konflikt einzumischen, weil sie mit England in Frieden auskommen will. Im Gegenteil, es hat sogar den Anschein, als ob sich Frankreich die größte Mühe gebe, das Vorgehen Englands zu unterstützen, um auf diese Weise die englisch-französische Freundschaft festigen zu können. Die französische Presse bestellt sich zu versichern, dass nicht nur die englischen Interessen, sondern auch die französischen Interessen durch die Haltung Ägyptens bedroht seien, und daher das energische Vorgehen der Londoner Regierung begrüßt werden müsse. Als einziges Land, das vielleicht in der Lage sein wird, gegen das willkürliche Vorgehen Englands zu protestieren, ist Sovjetrussland. Aufsässigweise hält sich jedoch die russische Sowjetregierung sehr stark zurück, weil sie sehr wohl weiß, dass bei der gegenwärtigen gewaltigen Lage mit England nicht mehr viel dazu gehört, den vollständigen Bruch mit dem britischen Weltreich herbeizuführen. Man kann einigermaßen gespannt darauf sein, welche Haltung Russland im weiteren Verlauf des ägyptischen Konflikts eingenommen wird. Nachdem die Moskauer Machthaber durch die neue englische Regierung in schärfster Weise herausfordert worden sind, wäre es einigermaßen begreiflich, wenn sie sich jetzt befehlen, die politische Lage Englands im Sudan auszunutzen, um die Islamsölkinder gegen die englische Oberherrschaft weiter auszunageln. Auf diese Weise könnten sie einen folgenschweren Schachzug unternehmen, der England in eine sehr peinliche Lage bringen würde. Da jedoch die Moskauer Diplomatie sich bisher gänzlich in Schweigen gehüllt hat, muss man beinahe annehmen, dass die Sowjets ernstlich durchdacht haben, den Konflikt mit England auf die Spitze zu treiben.

Wir in Deutschland sind in dieser Angelegenheit vollkommen desinteressiert. Wir können ruhig den Beobachter spielen, weil deutsche Interessen bei dieser Frage kaum berührt werden. Trotzdem besteht die Gefahr, dass indirekt ungünstige Auswirkungen für Deutschland entstehen werden, indem vielleicht England gezwungen sein wird, sich die französische Unterstützung für den Fall einer bewaffneten Expedition zu holen, um in moralischer Hinsicht vor der Weltmeinung Rechtfertigung zu finden. Es fragt sich nun, welche Konsequenzen England den Franzosen für eine solche moralische Unterstützung machen muss, und inwiefern Deutschland dabei die Kosten zu zahlen haben wird. Als der Konflikt zwischen England und der Türkei den Höhepunkt erreicht

hatte, hat Poincaré sich seinerzeit in Lausanne auf die Seite Englands geschlagen. Dafür hat ihm die englische Regierung die notwendige Bewegungsfreiheit gegeben, das Auftreten eines anderen mit alter Stärke durchzuführen. Als dann auf der Lausanner Friedenskonferenz die Türkei den Engländern weitgehende Konzessionen machen musste, war es auch für uns klar, dass wir die Kosten der französisch-englischen Allianz gegenüber der Türkei bezahlt haben. Man darf vielleicht hoffen, dass das doppelte Schauspiel in der Gegenwart nicht wiederholen wird, aber es scheint notwendig, deutscherseits die Augen offenzuhalten, um ein derartiges Manöver rechtzeitig aufzudecken zu können.

Das neue Parlament ist gebildet.

Kairo. (Kunstspruch) Das Portofeuille für auswärtige Angelegenheiten ist dem Geladenen in Rom Ahmed Zulficar angeboten worden. Sinaï-Pasha führt dieses Amt bis zum Eintreffen der Antwort Zulficars. Im ganzen Lande herrscht vollkommen Ruhe. Man ist im allgemeinen der Ansicht, dass im Hinblick auf Sogol Pashas Rede in der Kammer das Parlament dem neuen Kabinett das Vertrauen aussprechen wird.

Kondon. (Kunstspruch) Morning Post aufsatz beschreibt die ägyptische Kammer in ihrer gebrüderlichen Sitzung. Proteste gegen das englische Vorgehen an alle Parlamente und an den Völkerbund zu richten. Der General-Korrespondent des Daily Telegraph meldet, in Kreisen des Völkerbundes werde es nicht für wahrscheinlich gehalten, dass irgendein Mitglied des Bundes im Völkerbundrat eine Intervention in der ägyptischen Angelegenheit beantragen werde, da die ägyptische Frage als eine innere Angelegenheit angesehen werde, die nicht unter die Befugnisse des Völkerbundes falle.

Kondon. (Kunstspruch) Daily Mail meldet aus Kairo vom 21. 11. 7.15 abends, in Port Said hätten sich einige Anzeichen von Unruhen bemerkbar gemacht. Britische Flugzeuge seien darauf an Ort und Stelle erschienen, worauf sich die Menschenansammlungen zerstreut hätten.

Die Räumung des Sudan im Gange. Kondon. (Kunstspruch) Reuter meldet aus Kairo vom 21. 11. 8.15 abends, die Räumung des Sudan durch die ägyptischen Offiziere und Mannschaften sei planmäßig im Gange. Ein englisches Bataillon veranstalte nachmittags in Kairo eine Parade. — Das ägyptische Parlament hat einen Ausschuss ernannt, um der von der Opposition und den Anhängern Sogol Pashas unterbreiteten Anträge zu prüfen und eine Proklamation zu entwerfen, die dem Haus vorgelegt werden soll.

Belagerungszustand über ganz Ägypten.

Paris. Nach Meldungen aus Kairo sind über ganz Ägypten die Belagerungsbestimmungen verhängt worden.

Dr. Edener's Empfang in Bremen.

Bremen. Die Ankunft Dr. Edener's in Bremen erfolgte gestern vormittag 11 Uhr 15 Minuten unter lebhafter Beteiligung des Publikums, das in begeisterte Hochrufe ausbrach. Mittags um 12 Uhr stand im Kaminraum des neuen Rathauses im engen Kreise der feierliche Empfang Dr. Edener's durch den Senat statt.

Hierbei hielt Bürgermeister Dr. Donati folgende Ansprache:

„Im Namen des Senates begrüße ich Sie, Herr Dr. Edener, auf bremischen Boden, der Ihnen ja nicht fremd ist; denn ich hörte soeben, dass Ihre Familie mehrere Generationen hindurch in die zweite Hälfte des vorigen Jahrhunderts in Bremen ansässig gewesen ist. Bremen ist als Handels- und Seestadt mit dem Auslande und vor allem mit den Vereinigten Staaten von Amerika durch tausend Fäden verbunden. Bremen weist deshalb aus eigener Sachkunde die politische und wirtschaftliche Bedeutung Ihrer Lüneburg und erfolgreichen Zustiftung über das Weltmeer zu würdigen. Die Wiederaufstellung Deutschlands ist durch fremde Gewalt und eigene Schwäche zerstört worden. Sie kann in friedlichem Wettkampf der Völker nur durch deutschen Geist, deutsche Arbeit und deutsche Tatkraft wiederhergestellt werden. In diesem Sinne ist der Name und die Fahrt des Zeppelin 120 unter Ihrer Leitung eine vaterländische Großtat, durch die dem Auslande vor Augen geführt wird, dass in dem begrenzten und durch Parteihaber zerstrittenen deutschen Volk trotz allem Kriegsleidend sind, deren die Welt nicht entrinnen kann. Auf dem langen und schwierigen Weg des Wiederaufbaus bedeutet Ihre Leistung einen verheißungsvollen Fortschritt. Dafür danken wir Ihnen als Bremer und als deutsche Männer, und es ist mit einer wahren Herzensfreude, Ihnen nach Ihrer Heimkehr in das Vaterland den ersten Willkommenstrunk einer deutschen Bundesregierung auszusprechen zu können. Ich tue das in der Hoffnung, dass die Bevölkerung im Friedrichshafen Ihnen und dem deutschen Volke erhalten bleiben wird, Ihnen als Heimstätte weiteren Wirkens, dem deutschen Volke als Vorbild stehender Schaffend. Damit heiße ich Sie in Bremen herzlich willkommen!“

Auf diese Rede erwiderte Dr. Edener:

„Hohes Senat! Meine sehr geehrten Herren! Tief bewegt Herzens dankt ich Ihnen für die überaus warmen

empfangen werden, von einer Körperschaft, die durch ein vierhundertjähriges Wirken eng mit der Geschichte des deutschen Volkes verknüpft ist und die sich alle Zeit dafür eingesetzt hat, den deutschen Namen im Ausland zur Geltung zu bringen. Wenn Sie durch Ihre Worte zum Ausdruck bringen, dass ich in demselben Sinne wie die bremerische Bevölkerung und der bremische Senat für die Geltung des deutschen Namens mitgewirkt habe und Sie mich in die Reihe der Vertreter bremischen Volkes aufnehmen, so danke ich Ihnen außerordentlich dafür. Es ist die schmeichelhafteste Anerkennung für mich und meine Kameraden. Ob Sie den Weg auf dem Wasser und mir über dem Wasser verfolgen, ist gleich. Wir haben alle nur das eine Ziel: Deutschlands Macht und Ehre. Ich hoffe meinerseits, dass meine besondere Leistung dazu beigetragen haben möchte, eine Wiedererstarkung des deutschen Ansehens in der Welt einzuleiten, und wenn diese Wiedererstarkung des deutschen Ansehens wieder eintritt, so gefallen Sie mir, dem Bremischen Ausdruck zu geben, dass Bremens Bevölkerung wie früher, so auch in der Zukunft ein wesentlicher Faktor dabei sein möge!“

Dr. Edener in Berlin eingetroffen.

Gestern abend gegen 11 Uhr ist Dr. Edener von Bremen kommend im Automobil in Berlin eingetroffen. Etwa 100 Personen, die sich vor dem Hause am Kurfürstendamm, wo Dr. Edener absteigen ist, angesammelt hatten, brachten ihm lebhafte Gratulationen dar. Dr. Edener gedenkt bis Anfang nächster Woche in Berlin zu bleiben.

16 Wahlvorschläge im Wahlkreis Dresden-Gaußen.

Amtliche Feststellung der Wahlvorschläge.

Dresden. Die Prüfung und Feststellung der Wahlvorschläge für den 28. Wahlkreis (Dresden-Gaußen) erfolgte gestern Montag mittags durch den Wahlauszubuch unter Vorsitz des Wahleleiterleiters Geh. Regierungsrat Dr. v. Hengendorff. Sämtliche Wahlvorschläge waren rechtzeitig eingereicht und entsprachen den gesetzlichen Erfordernissen, so dass sie angenommen wurden. Nur der Vorschlag der Deutschen Aufwertungs- und Aufbaupartei wurde aus formellen Gründen zurückgewiesen.

Die Feststellung der Wahlvorschläge geschah wie folgt:

1. Sozialdemokratische Partei
2. Deutsche Nationalsozialistische Partei
3. Zentrum
4. Kommunistische Partei
5. Deutsche Volkspartei
6. Nationalsozialistische Freiheitspartei
7. Deutschdemokratische Partei
8. Wirtschaftspartei
9. Deutschnationale Partei
10. Reichsbund für Aufwertung
11. Bündnis-Partei
12. Hümmer-Bund
13. Unabhängige Sozialdemokratische Partei
14. Freiwirtschaftsbund
15. Volksdeutsche Volkspartei

Somit marschierten im Wahlkreis also insgesamt 16 Parteien auf.

Der Reichskanzler gegen die Schäfe.

Bonn. In einer kurz besuchten Wählersversammlung wandte sich der Reichskanzler Marx entschieden gegen die Schäfe des Wahlkreises, wovor er insbesondere die Bevölkerung aufforderte, die Person des Reichspräsidenten in den Wahlkampf zu ziehen. Gegenüber der Kameradie des Reichspräsidenten, es sei verhältnismäßig, dass Reichspräsident Oberst noch im Amt ist, vertrat die Behauptungen keinem Unrecht und unbegründet. Der Kamerad wußte, wie der Reichspräsident seit 1920 wiederholt und entschieden auf Neuwahlen drängte, die jedoch immer wieder ausgeschoben wurden, zuerst wegen der Beschlüsse in Übersee, auf dessen Miwahl man nicht verzichten wollte, und später im Oktober 1922, als die Neuwahl bereits für den 3. Dezember 1922 in Aussicht genommen wurde, wurde vom Reichstag mit überwältigender Mehrheit, mit 314 von 391 Stimmen, beschlossen, die Amtszeit des Reichspräsidenten bis zum 30. Juni 1925 zu verlängern. Trotzdem drängte dieser im Februar 1924 mit aller Entschiedenheit darauf, dass der Auftrag der deutznationalen Volkspartei auf gleichzeitige Wahl des Reichstages und des Reichspräsidenten noch im damaligen Reichstag zur Verhandlung gelangte, der aber mit großer Mehrheit abgelehnt wurde. Der Reichskanzler heißtte außerdem fest, dass die neuordnungs im Inland wie im Ausland verbreitete Behauptung, vier große politische Organisationen seien an den Reichspräsidenten herangetreten, um die Neuwahl des Staatssozialismus zusammen mit der bevorstehenden Reichstagswahl zu erreichen, unrichtig ist. Desgleichen wies er den anderen Wörtern, dass der Reichspräsident in die Regierungsgeschäfte eingreife, als unwahr zurück, wobei er nochmals beteuerte, dass die Person des Reichspräsidenten in einer Weise in den politischen Kampf gezogen werde, wie dies in anderen Ländern einfach unverständlich wäre. Das Staatsoberhaupt muss unbedingt aus dem Wahlkampf ausgeschieden werden.